

## Antrag

### der Fraktion der CDU/CSU

### Gemeinsame Verantwortung für die Oder

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Oder ist eine Lebensader im Herzen Europas. Der in Tschechien entspringende Fluss markiert an seinem Unterlauf die deutsch-polnische Grenze und symbolisiert daher in ganz besonderer Weise die historischen Beziehungen der beiden Staaten. Der Fluss verbindet die Menschen Mitteleuropas und in den Anrainerregionen. Er ist zudem eine wichtige Wasserstraße, die eine schiffbare Verbindung zur Ostsee herstellt und ist deshalb auch von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der angrenzenden Regionen.

Die Oder und ihre Ufer Räume sind aber nicht zuletzt ein faszinierender Naturraum, der Heimat für viele Pflanzen und Lebewesen bietet. 1996 gründeten Deutschland, Polen und Tschechien die „Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung“ (IKSO). Bereits ein Jahr zuvor wurde auf deutscher Seite im Norden Brandenburgs der Nationalpark Unteres Odertal gegründet. Der Naturraum ist Rastplatz für Zugvögel, Brutgebiet für seltene Vogelarten und dauerhafte Heimat unter anderem für Fischotter, Wiesenweihe und Seeadler.

Gemeinsam mit dem in Polen gelegenen Landschaftsschutzpark Unteres Odertal (Krajobrazowy Dolina Dolnej Odry) bildet der Nationalpark die Kernzone des 1993 vom deutsch-polnischen Umweltrat ins Leben gerufenen Internationalpark Unteres Odertal. Die üppige Natur hat der Oderregion in den vergangenen Jahrzehnten einen wachsenden naturtouristischen Zuspruch verschafft, der für die Landkreise Uckermark, Barnim und Märkisch-Oderland in Brandenburg von erheblicher Bedeutung ist. 30 Jahre danach steht die Oder jedoch vor ganz erheblichen ökologischen Herausforderungen: Im Sommer 2022 kam es zu einem massenhaften Fischsterben. Schätzungen gehen von bis zu 100 Tonnen verendeter Fische auf einer Länge von 500 Flusskilometern aus, die aus dem Wasser gezogen werden mussten. Zur Katastrophe führten mehrere, sich kombinierende Faktoren: hoher Salzgehalt durch industrielle Einleitungen auf polnischer Ebene, Niedrigwasser und hohe Wassertemperaturen haben bewirkt, dass sich das Gift der Algenart *Prymnesium parvum* entwickeln konnte. Auch ein Jahr später ist die Oder weit von einem stabilen ökologischen Zustand entfernt.

Klar ist: Eine nachhaltige Verbesserung der Gewässergüte ist nur durch entschlossenes politisches Handeln auf beiden Seiten der Oder möglich. Eine enge deutsch-polnische Zusammenarbeit, die geprägt sein muss von gegenseitigem Respekt und partnerschaftlichem Verständnis, ist die Grundvoraussetzung für den Erhalt der Oder als vitalem

Lebensraum. Die Parlamentswahlen in Polen am 15. Oktober 2023 haben die Machtverhältnisse in Polen verändert. Es gilt nun, dieses Momentum zu nutzen, um den Dialog zu verstärken.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Zielvereinbarungen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) aus dem Jahr 2000 und dem darin enthaltenen Verschlechterungsverbot für die Oder und ihre Zuläufe grenzüberschreitend nachzukommen;
  2. die Zusammenarbeit der zuständigen deutschen, das heißt vor allem auch brandenburgischer Behörden, mit den polnischen Behörden zu intensivieren und sie auf eine zielgerichtete und partnerschaftliche Bewältigung der Aufgaben und Herausforderungen der Klima-, Wirtschafts- und Umweltpolitik hin zu optimieren:
    - a) eine Feinabstimmung für den Warn- und Alarmplan der internationalen Kommission zum Schutz der Oder (IKSO) zu erarbeiten;
    - b) ein grenzüberschreitendes Austauschprogramm der zuständigen Behörden zu initiieren, um eine bessere grenzüberschreitende Verständigung zu ermöglichen;
  3. gerade nach den jüngsten Parlamentswahlen in Polen vom 15. Oktober 2023 diplomatische Schritte einzuleiten, um die Abstimmung Deutschlands und Polens bei der Aufklärung und Bekämpfung der Ursachen und Folgen des 2022 eingetretenen und sich 2023 fortsetzenden Fischsterbens in der Oder und ihren Zuläufen zu verbessern;
    - a) die aktuelle Oder-Situation in den politischen Dialog im Rahmen der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen einzubeziehen;
    - b) die Reduzierung und Abstellung von Emissionen in die Oder, vor allem aus den oberschlesischen Industrierevieren, bei den Sitzungen der deutsch-polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit zu thematisieren;
  4. den 2015 mit Polen bilateral vereinbarten und beidseitig ratifizierten Ausbau der Grenz-Oder auf seine Auswirkungen auf das Flussökosystem weiterhin aktiv zu begleiten, das heißt:
    - a) bilaterales kooperatives Monitoring der Ausbaumaßnahmen auf ihren Nutzen für die Schiffbarkeit und ihre möglichen Auswirkungen für das Flussökosystem;
    - b) Fokussierung von gewässer- und ökosystem-schonenden Ausbaumaßnahmen;
    - c) Erarbeitung von gezielten Ausgleichsmaßnahmen für unvermeidliche Eingriffe;
  5. den Zustand der Oder und ihrer Zuflüsse in allen Anrainerstaaten mittels eines ständigen Monitorings und der Unterstützung durch den europäischen Umweltrat auf Veränderungen hin zu beobachten.

Berlin, den 14. November 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**